

Beschluss Nr. 788/2021

Schwyz, 16. November 2021 / ju

Volksinitiative «Für eine dezentrale Mittelschullandschaft»

Stellungnahme zum Ergebnis der Kommissionsberatung

1. Ausgangslage

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat mit Beschluss Nr. 669 vom 28. September 2021 Bericht und Vorlagen zur Volksinitiative «Für eine dezentrale Mittelschullandschaft» unterbreitet. Die Bildungs- und Kulturkommission (BKK) hat die Initiative und den Gegenvorschlag an ihrer Sitzung vom 2. November 2021 beraten. Eintreten auf die Vorlagen war unbestritten. Die Anträge der Kommission sind in der Synopse zu diesem Beschluss dargestellt.

2. Anträge der Kommission

Die BKK beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Initiative als gültig zu erklären. Die Kommission lehnt die Initiative mit 7 zu 3 Stimmen jedoch ab. Ein Minderheitsantrag wurde zur Annahme der Initiative gestellt. Der Gegenvorschlag des Regierungsrates wird ebenfalls als kritisch betrachtet und mit 9 Stimmen abgelehnt, mit einer Enthaltung. Die BKK sieht nicht, dass eine private Mittelschule gegen ihren Willen geschlossen werden soll. Allerdings besteht aus Sicht der BKK klarer Handlungsbedarf in Bezug auf die Mittelschulsituation im inneren Kantonsteil; es wird daher eine engere Zusammenarbeit der beiden Schulen gefordert, um so das Bildungsangebot für die Schülerinnen und Schüler im Talkessel von Schwyz qualitativ zu verbessern. Man ist sich allerdings auch bewusst, dass eine verordnete Zusammenarbeit zwischen einer privaten und einer öffentlichen Schule, jede mit einer eigenen Trägerschaft und Schulkultur, sehr schwierig sein wird.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Der Minderheitsantrag zur Annahme der Initiative wird klar abgelehnt. Am Gegenvorschlag hält der Regierungsrat weiterhin fest und ist der Ansicht, dass eine Kantonsschule Innerschwyz am Standort Schwyz der richtige und zukunftsfähige Weg ist. Durch die Zusammenführung ergibt

sich eine zukunftssträchtige Weiterentwicklung, nämlich eine Mittelschule mit einer quantitativen Grösse, welche es einerseits erlaubt, ein vielfältiges Mittelschulangebot für die Schülerinnen und Schüler bereitzustellen und andererseits mit einer guten Auslastung der vorhandenen, modernen Infrastruktur eine optimierte Betriebsführung unter einheitlicher Führung und Steuerung durch den Kanton zu ermöglichen. Diese Massnahmen führen letztlich zu einer zukunftsgerichteten Klärung der Mittelschullandschaft im inneren Kantonsteil, welche in der Bildungsstrategie gefordert wurde. Ein weiteres Zuwarten zur Optimierung der bestehenden Situation mit zwei schlecht ausgelasteten Schulen in nächster Nachbarschaft ist nicht sinnvoll; damit werden lediglich fällige Entscheide weiter hinausgeschoben.

Beschluss des Regierungsrates

1. Dem Kantonsrat wird beantragt:
 - a) den Minderheitsantrag zur Annahme der Initiative abzulehnen;
 - b) die Vorlage 2 (Gegenvorschlag) anzunehmen.
2. Zustellung: Mitglieder des Kantonsrates.
3. Zustellung elektronisch: Mitglieder des Regierungsrates; Staatsschreiber; Sekretariat des Kantonsrates; Bildungsdepartement.

Im Namen des Regierungsrates:

Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber